



N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

19. Wahlperiode - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. September 2017, 11:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennys Bornhöft (FDP)

i. V. v. Stephan Holowaty

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG), Dr. Sabine Sütterlin-Waack, und Staatssekretär Wilfried Hoops	4
2.	Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finanzen, COM(2017)358 vom 28. Juni 2017	6
	Antrag des Abg. Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 19/40	
3.	Benennung von Mitgliedern für das DialogForumNorden	8
4.	Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel	9
5.	Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	10
6.	Terminplan für das Jahr 2018	11
	Umdruck 19/63	
7.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Vorstellung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG), Dr. Sabine Sütterlin-Waack, und Staatssekretär Wilfried Hoops

Einführend stellt Frau Dr. Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, den Zuschnitt ihres Ressorts vor. Sie unterstreicht, dass die Landesregierung zur europäischen Idee stehe, was auch im Koalitionsvertrag Wiederhall finde. Der bestehende breite Konsens solle fortgeführt werden. Populistischen und antieuropäischen Tendenzen werde entschieden entgegengetreten. Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit verweist sie auf den Koalitionsvertrag, in dem bereits einige Themen genannt seien, die voraussichtlich nicht alle sofort umgesetzt werden könnten. Als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit für die nächsten Monate benennt sie die Ostseekooperation, in der man vor einigen Herausforderungen stehe. Sie weist darauf hin, dass sie die kommenden deutsch-russischen Dokumentarfilmtage in Kaliningrad eröffnen werde. Mit dem Besuch sei auch die Hoffnung verbunden, zu einer Entspannung der deutsch-russischen Beziehungen beizutragen, in diesem Zusammenhang spricht sie die Schließung des Kaliningrader Hanse-Office und die damit verbundenen Turbulenzen an. Sie bietet an, dem Ausschuss nach ihrer Rückkehr einen Bericht über die Reise zu erstatten.

Insgesamt stelle sich die Frage, welche Ziele man nun verfolgen werde und an welchen Stellen in den bisherigen Abläufen möglicherweise eine Routine eingetreten sei, sodass man nachsteuern müsse. In diesem Zusammenhang spiele natürlich die enge und notwendige Zusammenarbeit mit Dänemark eine Rolle, zu der in der letzten Legislaturperiode eine Rahmenvereinbarung geschlossen worden sei. Es werde jetzt zu überprüfen sein, mit welchen Schwerpunkten man zukünftig arbeiten werde und in welchen regionalen Räumen nachgebessert werden müsse. Abschließend betont sie die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, bei der das Europaministerium Querschnittsaufgaben übernehme. Sie verweist auf die geplante Reise des Ministerpräsidenten nach Dänemark, bei der sie diesen begleiten werde, und hebt auch die Bedeutung der zahlreichen Akteure der Europapolitik und die der Kommunen in diesem Zusammenhang hervor. Die Europafähigkeit auf kommunaler Ebene müsse weiterentwickelt werden.

Abg. Poersch bedankt sich für die Worte der Ministerin und bittet diese, über den weiteren Fortgang im Hinblick auf die Entwicklungen in Kaliningrad und das Hanse-Office dort zu berichten.

Auf eine Frage von Abg. Poersch im Hinblick auf das Hanse-Office in Brüssel eingehend, legt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack dar, dass dieses Thema gleich zu Beginn ihrer Amtszeit an sie herangetragen worden sei. Man werde die weitere Zusammenarbeit auch mit Hamburg erörtern, und sie sei zuversichtlich, dass man zu einer guten Lösung kommen werde.

Von Abg. Waldinger-Thiering auf den Mittelabfluss aus den EU-Strukturfonds angesprochen, legt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack dar, dass man sich auch vonseiten des Ministeriums wünsche, dass Mittel gut abfließen, was nicht immer der Fall gewesen sei. Zu dem von Abg. Waldinger-Thiering angesprochenen ERASMUS-Programm legt sie dar, dass sie dazu derzeit keine Informationen habe, mit dem Vereinigten Königreich jedoch Großbritannien gemeint sei. Sie weist auf die schwierigen Brexit-Verhandlungen hin, die derzeit stattfänden und bietet an, dem Ausschuss dazu eine Antwort nachzureichen.

Abg. Heinemann spricht einen Schwerpunkt ihrer Arbeit an. Darauf führt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack aus, dass auch für sie, ähnlich wie für ihre Vorgängerin, das Grenzland eine besondere Rolle spiele. Sie sei darüber hinaus in ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete für Minderheitenfragen zuständig gewesen. Sie selbst sehe einen großen Mehrwert durch die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Die Wahrnehmung der Minderheiten als Mehrwert müsse weiterhin und verstärkt nach Europa getragen werden. Sie halte es für wichtig, den Umgang mit Problemen im Grenzland als beispielhaft an vielen Stellen darzustellen.

Zu der Diskussion um das ERASMUS-Programm legt Abg. Andresen dar, dass es auch seiner Sicht auch darum gehen müsse, junge, europäisch denkende Menschen aus Großbritannien in Europa zu halten. Auf dieser Ebene müsse man bemüht sein, europäische Zusammenarbeit zu erhalten.

Auf Vorschlag von Abg. Heinemann kommt der Ausschuss überein, den Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Staatssekretär Liebing, in eine seiner nächsten Sitzungen einzuladen.

2. Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen, COM(2017)358 vom 28. Juni 2017

Antrag des Abg. Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 19/40](#)

Nachdem Abg. Andresen kurz in die Thematik einführt, stellt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack die Schwerpunkte des Reflexionspapiers dar ([Umdruck 19/308](#)).

Herr Diedrichsen, der Mitarbeiter der Landtagsverwaltung aus Brüssel, bestätigt, dass das Thema Kohäsions- und Strukturpolitik zurzeit eine zentrale Rolle einnehme. Es gebe eine Stellungnahme des Staatssekretärs Dr. Schneider aus Sachsen-Anhalt, in der die Auswirkungen des Brexit analysiert würden. Nun stelle sich die Frage, wie man beim Wegfall eines Nettozahlers unter anderem die Stärkung der sozialen Säule der EU finanzieren werde. Der AdR halte an dem prozentualen Finanzrahmen fest. Kürzungen würden aus Sicht des AdR nicht infrage kommen, da sonst Leistungen nicht gewährleistet werden könnten. Wichtig sei auch die Frage der Bedeutung der Regionen und des Unterschieds zwischen unterschiedlich entwickelten Regionen. Es bestehe auch innerhalb der Regionen der Wunsch, flexibler agieren zu können. Ein weiterer zentraler Punkt, der vor allem auch von den deutschen Regionen ins Feld geführt werde, sei die Vereinfachung und Reduzierung des Kontrollaufwands bei den Aspekten, die die Länder selbst regeln könnten. Eine der Hauptherausforderungen, die von allen Regionen gesehen werde, sei, selbst sichtbarer zu werden und die Rolle der Kohäsionsmittel stärker sichtbar zu machen. Auf das Weißbuch zu den Finanzbeziehungen eingehend, führt Herr Diedrichsen aus, dass es interessant werde, wie sich die neue Kommission dazu positionieren werde. Die Frage sei auch, wie sich die Landtage untereinander in dem Zusammenhang besser absprechen könnten.

Abg. Poersch regt an, sich die Reflexionspapiere im Ausschuss zu thematisieren. Sie legt dar, dass sich die Fachkommission COTER des AdR Ende September noch mal über das Reflexionspapier unterhalten werde. Sie kündigt an, im Ausschuss darüber zu berichten, und schlägt vor, die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zu der Zukunft der EU-Finzen und der Kohäsionspolitik dem Ausschuss als Umdruck zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 19/215](#)). Der Punkt, alle Regionen Schleswig-Holsteins weiter in der Förderung zu behalten, halte sie für einen wichtigen Punkt, allerdings dürfe man nicht außer Acht lassen, in welchem Zustand sich andere europäische Regionen befänden.

Abg. Andresen betont die Notwendigkeit, in eine qualitative Diskussion auch im Zuge des neuen Finanzrahmens, der sich noch einmal grundlegend von den bisherigen durch die Veränderungen auf europäischer Ebene unterscheidet, einzusteigen. Dabei sei die Frage, welche Schwerpunkte man auch aus Schleswig-Holstein heraus sehe und setzen wolle. Er regt an, auch die Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel zu diesem Zweck zu nutzen. Eine Idee könne in dem Zusammenhang sein, sich auch mit dem für Haushaltsfragen zuständigen EU-Parlamentariern auszutauschen. Er regt an, entsprechende Gespräche frühzeitig vorzubereiten.

Der Ausschuss nimmt das Reflexionspapier zur Kenntnis.

3. Benennung von Mitgliedern für das DialogForumNorden

Abg. Poersch schlägt vor, Abg. Pauls in das DialogForumNorden zu entsenden. Abg. Lehnert wird von Abg. Hamerich vorgeschlagen. Abg. Poersch regt vor dem Hintergrund des Vorschlags der CDU an, Abg. Pauls als eine Art Stellvertreterin in das DialogForumNorden zu entsenden.

Nach einer kurzen Diskussion und einer Sitzungsunterbrechung bestimmt der Ausschuss einstimmig Abg. Peter Lehnert zum Vertreter des Landtags im DialogForumNorden und Abg. Birte Pauls zu seiner Stellvertreterin.

4. Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel

Einvernehmlich beschließt der Ausschuss, die bereits ins Auge gefasste Informationsreise des Ausschusses durchzuführen und auf die Zeit vom 26. Februar bis zum 1. März 2018 zu terminieren.

5. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Abg. Poersch berichtet von der letzten Plenartagung des Ausschusses der Regionen Mitte Juli, bei der sie zugegen gewesen sei. Ein zentraler Punkt aus ihrer Sicht sei die Stellungnahme zum Thema Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, in der es auch um die Frage gehe, wie die Sozialsysteme der einzelnen Mitgliedstaaten zueinander passten. Des Themas habe sich auch der AdR angenommen, zumal es auch um die Frage von sozialen Rechten bei Grenzpendlern gehe. Sie wiederholt ihre Anregung, die deutschsprachige Berichterstatterin zu diesem Punkt, die Bremische Staatsrätin Ulrike Hiller, zu einem Bericht in den Ausschuss Anfang November einzuladen.

Ein weiteres wichtiges Thema aus ihrer Sicht sei die gemeinsame Agrarpolitik nach 2020, zu dem man innerhalb der deutschen Delegation festgestellt habe, dass es Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern gebe. Turnusgemäß sei darüber hinaus eine Wahl vollzogen worden, der bisherige Präsident sei in seinem Amt bestätigt worden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. Terminplan für das Jahr 2018

[Umdruck 19/63](#)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine 2018 des Europaausschusses, Umdruck [19/118](#).

7. Verschiedenes

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss über ein in den Sommerferien stattgefundenes Gespräch mit dem neuseeländischen Botschafter und umreißt kurz die angesprochenen Themen. - Ergänzend kündigt Abg. Hamerich auf die angesprochenen Themen des Brexit und ein mögliches Handelsabkommen zwischen Europa und Neuseeland an.

Der Vorsitzende weist auf das bevorstehende Gespräch mit dem estnischen Botschafter am 20. November 2017 hin. Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich mit 500 € an der Durchführung der Veranstaltung gemeinsam mit der Europaunion zu beteiligen.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Staatssekretär Ingbert Liebing, in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Abg. Hamerich berichtet kurz von der Ostseeparlamentarierkonferenz, an der er in Vertretung des Vorsitzenden teilgenommen habe. - Abg. Waldinger-Thiering unterstreicht die Bedeutung der Arbeitsgruppe Migration und Flüchtlinge bei der Ostseeparlamentarierkonferenz, die aus ihrer Sicht sehr wichtig sei.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer